

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2622

der Abgeordneten Frank Bommert (CDU-Fraktion), Julian Brüning (CDU-Fraktion) und Roswitha Schier (CDU-Fraktion)

Drucksache 7/7225

Ausweisung von Wildnisgebieten in Brandenburg und Vermeidung negativer Folgen für die regionale Wertschöpfung

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller: In der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz vom 8. Februar 2023 berichtete Minister Axel Vogel, dass noch im Februar 2023 mit der Bekanntgabe neuer Wildnisgebiete in Brandenburg zu rechnen sei und dass auch die diskutierten Bereiche im Unterspreewald hierfür nach wie vor in Betracht gezogen würden. Nach der amtlichen Brandenburger Tourismusstatistik vom 18. Januar 2023 für den Zeitraum Januar bis November 2022 verzeichnen unter der Erfassung „Blick auf die Reise-regionen und auf die Beherbergungsarten“ die meisten Übernachtungen von Januar bis November 2022 mit je rund 2 Millionen der Spreewald und das Seenland Oder-Spree.

Die Pläne der Landesregierung sorgen in der Region seit Langem für Unmut und Unverständnis und führten zur Gründung von Bürgerinitiativen gegen das Vorhaben. Auch für die Landesregierung Brandenburg sollte gelten, dass die Ausweisung von Wildnisgebieten nicht losgelöst nur unter naturschutzfachlichen, sondern gleichermaßen unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu bewerten und dabei die Entwicklungschancen der Region im Blick zu behalten sind. Zu berücksichtigen bleiben insbesondere etwaige ordnungsrechtliche Auswirkungen nach der Ausweisung von Wildnisgebieten für kommende Generationen und die langfristige Entwicklung lebenswerter Regionalstrukturen.

Vorbemerkung der Landesregierung: Die Entwicklung lebenswerter Regionalstrukturen, gerade mit Blick auf künftige Generationen, wird nur gelingen, wenn wir die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Dazu gehört, dass, gemessen an der Gesamtfläche des Spreewaldes, kleine Teilräume aus der aktiven Waldbewirtschaftung genommen werden. Denn solche Flächen entwickeln in der Perspektive eine besonders hohe Qualität an Lebensräumen für Tiere und Pflanzenarten. Wildnis richtet sich nicht gegen die Menschen, sondern ist für eine größere biologische Vielfalt unverzichtbar.

1. Ab welchem Zeitpunkt ist nach Einschätzung der Landesregierung gemäß ihren aktuellen Planungen für Wildnisgebiete in welchen Regionen jeweils in welcher Hinsicht mit Begrenzungen und schließlich einem vollständigen Ausschluss von Tourismus zu rechnen und wo muss folglich nach Einschätzung der Landesregierung ab welchen Zeitpunkten von welchen sich nach und nach aufbauenden volkswirtschaftlichen Schäden insbesondere für das Tourismusgewerbe in den jeweils von den Planungen erfassten Gebieten gerechnet werden?

Zu Frage 1: Es werden keine neuen Regelungen für den Tourismus mit der Einordnung von Landeswaldflächen als Wildnisgebiet verknüpft. Es geht um den Verzicht der aktiven Waldbewirtschaftung. Die bestehenden Regelungen für die Schutzzone II der Verordnung zum Biosphärenreservat von 1990 gelten fort und bedürfen keiner Änderung, insbesondere keiner neuen Beschränkungen.

2. Inwieweit besteht die Möglichkeit und Absicht, etwaig entstehende Beeinträchtigungen durch die Ausweisung von Wildnisgebieten finanziell oder strukturpolitisch zu kompensieren?

Zu Frage 2: Da keine Beeinträchtigungen vorgesehen sind, besteht auch kein Kompensationsbedarf.

3. Welche langfristigen Auswirkungen für die Regionen werden bei einer Ausweisung von Wildnisgebieten auftreten? Wir bitten um eine differenzierte Folgenabschätzung in Bezug auf die Bereiche Tourismus, Wirtschaft, Strukturpolitik und Naturschutz.

Zu Frage 3: Da es keine neuen Beschränkungen für touristische oder jenseits der Waldbewirtschaftung liegende wirtschaftliche Aktivitäten geben wird, geht die Landesregierung davon aus, dass keine negativen Auswirkungen in diesen Bereichen zu erwarten sind. Ganz im Gegenteil erwartet die Landesregierung positive Effekte insbesondere in Bezug auf den Naturschutz, die Biodiversität und ein gesteigertes touristisches Interesse an der Region. Es gibt umfassende Studien zur positiven Ausweitung von Nationalparks/Wildnisgebieten auf den Tourismus (u. a.: Job/Merlin/Metzler/Schamel/Woltering, Regionalwirtschaftliche Effekte durch Naturtourismus, BfN-Skript 431/2016, Literaturhinweise in Handreichung des Bundesamtes für Naturschutz: <https://www.bfn.de/publikationen/positionspapier/mehr-wildnis-deutschland-warum-wir-wildnisgebiete-brauchen>, Zugriff 06.03.2023).

4. Welche Alternativen - insbesondere zur Vermeidung von potentiellen volkswirtschaftlichen Schäden für das Tourismusgewerbe (siehe Frage 1) - zur Ausweisung von Wildnisgebieten im Spreewald hat die Landesregierung konkret geprüft und warum wird insbesondere nicht alternativ das rund 3.600 Hektar große, europaweit einmalige Wildnisgroßprojekt „Döberitzer Heide“ im Landkreis Havelland als Wildnisgebiet im Sinne der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt anerkannt?
7. Verneinendenfalls zu Frage 4) - Wir bitten um eine detaillierte Erläuterung der zugrundeliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Zu Frage 4 und 7: Zur Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie sind insgesamt rund 60.000 ha (2 % der Landesfläche) als Wildnisgebiete einzuordnen. Rund 30.000 ha, vor allem Flächen von Naturschutzstiftungen sowie die Kernzonen der Biosphärenreservate oder des Nationalparks, sind bereits so benannt. Für die fehlenden rund 1 % Flächenanteile wurden jetzt im gesamten Land Brandenburg rund 10.000 ha im Landeswald (davon 260 ha im Spreewald) identifiziert. Bei der Suche nach weiteren Flächen konzentriert sich die Landesregierung auf Flächen in Bergbaufolgelandschaften, weitere Flächen von Naturschutzstiftungen, ehemalige militärisch genutzte Flächen usw.

Die in Rede stehenden konkreten Flächen im Spreewald haben für die Biodiversitätsentwicklung deshalb besondere Bedeutung, da sie ganz besondere Qualitäten der naturräumlichen Ausstattung, vor allem zahlreiche Wald- und Feuchtlebensräume und daran gebundene lebensnotwendige Brut- und Nahrungshabitate für seltene Vogelarten, aufweisen. Es handelt sich um Flächen im FFH-Gebiet „Unterspreewald“, die bereits als Naturschutzgebiet gesichert sind.

Die Döberitzer Heide hingegen hat überwiegend einen anderen Charakter und stellt daher keine Alternative zu den vorgesehenen Wildnisflächen im Spreewald dar.

Es handelt sich zu einem Großteil um umfangreiche Offenlandlebensräume, die einer Pflegenutzung bedürfen. Nimmt man diese Flächen aus der Pflegenutzung, wachsen sie zu, und die hochwertigen Lebensräume für offenlandnutzende Tier- und Pflanzenarten gehen verloren. Ein Verlust an Biodiversität träte ein.

Die Landesregierung wird aber prüfen, ob die sog. „Wildniskernzone“ im Kern der Döberitzer Heide zur Unterstützung des 2 % Ziels herangezogen werden kann.

5. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass auch das großflächige Absterben von Bäumen aufgrund von Insekten- oder Pilzbefall bzw. witterungsbedingten Schadereignissen einen natürlichen Prozess in Wildnisgebieten darstellt vor dem Hintergrund, dass in Wildnisgebieten typischerweise ein vom Menschen unbeeinflusster Ablauf natürlicher Prozesse dauerhaft gewährleistet sein soll?

Zu Frage 5: Wildnisflächen sollen nicht mehr aktiv forstwirtschaftlich genutzt werden. Wenn natürliche Prozesse zu Veränderungen der Vegetation und der Artenzusammensetzung führen, wird dies nicht durch forstliche Maßnahmen korrigiert, wie das bei bewirtschafteten Flächen der Fall sein kann. Gefährdungen für Mensch und Umwelt, die vom Wildnisgebiet ausgehen, werden jedoch beseitigt.

6. Besteht aus Sicht der Landesregierung eine erhöhte Verdunstungsgefahr in den sensiblen Fließen des Spreewalds, wenn baumpflegerische und forstliche Maßnahmen, die die Sicherstellung einer ausreichenden Beschattung zum Ziel haben, unterbleiben?

Zu Frage 6: Nein, eine erhöhte Verdunstungsgefahr besteht in den sensiblen Fließen des Spreewaldes nicht, da

- die Verdunstung im Wesentlichen von der Vegetation (so genannte Evapo-Transpiration), nicht von der Wasseroberfläche, erfolgt,
- in Wildnisgebieten der Baumbestand langfristig erhalten bleibt.

8. Wie und durch wen soll nach der Ausweisung zusätzlicher Wildnisgebiete in den betroffenen Fließen des Spreewalds die Beräumung von Totholz und die Entschlammung erfolgen, so dass dauerhaft ein ungehindertes Durchkommen für Kahnfahrten gewährleistet bleibt?

Zu Frage 8: An den Zuständigkeiten für die Gewässerunterhaltung ändert sich durch die Anerkennung von Waldflächen als Wildnisgebiet nichts. Die Wasser- und Bodenverbände führen die Gewässerunterhaltung in Gewässern 1. Ordnung im Auftrag des Landes aus.

9. Wie ist eine Unterhaltung und Offenhaltung der Fließe zu begründen, wenn innerhalb eines Wildnisgebiets menschliche Eingriffe eigentlich unterbleiben sollen?

Zu Frage 9: Die Wildnisentwicklung bedeutet den Verzicht auf eine aktive forstliche Nutzung der Flächen. Die Pflege der Fließe ist davon nicht berührt.

10. Wie soll im Spreewald die Sicherung des Wildnisgebiets rechtlich erfolgen und wird hierfür eine Eintragung des Nutzungsverzichts im Grundbuch vorgenommen?

Zu Frage 10: Da es sich um Landeswald handelt, erfolgt keine Eintragung des Nutzungsverzichts im Grundbuch und auch sonst keine formalrechtliche Sicherung.

11. Ist der einmal festgelegte Nutzungsverzicht umkehrbar bzw. kann das Management angepasst werden?

Zu Frage 11: Der Nutzungsverzicht in Wildnisflächen soll dauerhaft erfolgen. Eine Anpassung des Managements kann bei Bedarf erfolgen.